Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 50. VI. BAND 10. Februar 1917.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Die Polnischen Blätter

erscheinen am 1., 10. u. 20. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):

vierteljährlich: M. 3,50. — Einzelheft: 40 Pfennig.

Insertionspreis: 1/1 S. 50 M. 1/2 S. 25 M.

Alle **redaktionellen** Sendungen sind zu richten:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

Fernspr.: Steinplatz 9923.

Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.



Nr. 50. 10. Februar 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Der neueste russische Köder.

Es sind rund zweihundert Jahre, seitdem Russland dem polnischen Reiche den Todesstoss versetzte, indem es Peter I. durch Auflösung der polnischen Armee wehrlos machte. Damals entstand der russische Plan, ganz Polen unter die Fittiche des russischen Adlers zu bringen — ein Plan, später mit zäher, eiserner Folgerichtigkeit durchgeführt. Bekannterweise hat Katharina II. nur dem Druck der Not nachgegeben, als sie sich entschloss, Polen mit ihren zwei Nachbarn zu teilen: ganz Polen sollte ihr zur Beute fallen. Dieser Plan ist auch schliesslich insofern gelungen, als Alexander I 80% des Gebietes der ehemaligen Republik unter seiner Herrschaft vereinte. Seit dieser Zeit gab es Momente, wo der russische Koloss unter der Last des geraubten Landes sich beugte und geneigt war, diese Last, die ihm nie Glück brachte — abzuwerfen. So trug sich Nikolaus I. im Jahre 1831 mit dem Gedanken herum, das Land oder einen grossen Teil desselben, dem preussischen Staate abzutreten. Im Jahre 1863 äusserte sich die Zarin gegen den Henker Murawiew, dass der Autokrat bereits auf den Verlust Kongresspolens gefasst sei — es handelt sich nun darum, Litauen zu behalten. Während der Revolution 1905 propagierten die russischen Nationalisten die Idee, Kongresspolen an Preussen zu ... verkaufen. Polen passte eben zu Russland nicht, es wollte nicht in der russischen See untergehen — das fühlten sie alle und waren bereits mehrmals entschlossen, dieses wesensfremde, westliche, revoltierende Land „strafweise" vom Schoss des Mütterchens Russland wegzustossen ...

Nach solchen Augenblicken der Erkenntnis kam die von der Blässe des Nachdenkens nicht geschwächte Habsucht zur Geltung — und das Land wurde mit neuen Ketten an den Peiniger gebunden.

Wir erlebten endlich eine Zeit, als die Ketten und ihre kosakischen, sogar die „konstitutionell-demokratischen“ Hüter nicht mehr genügten. Der Weltkrieg löste die tiefsten, polnischen Gefühle aus: es stand zu erwarten, dieselben werden sich mit aller Wucht gegen den Unterjocher wenden. Welch eine Gefahr angesichts des deutsch-österreichischen Feindes! Und erst die Kompromitation angesichts der Entente-Freunde! Aus diesen Angstgefühlen entstand das bekannte russische Programm von August 1914, das zweierlei enthielt: die Rückkehr zur Idee Peters I, d. i. zur Vereinigung sämtlicher polnischer Länder unter Russlands Zepter, und eine näher nicht bezeichnete Autonomie für dieses Polen.

Selbstverständlich war der erste Teil: die Vergrösserung des Zarenreiches um neue Provinzen, das wesentliche; von Autonomie bekam das Land, das sich noch unter russischer Herrschaft befand, nichts zu spüren. Die Ereignisse brachten aber eine Reihe von Umwälzungen, die auch eine entsprechende Anpassung der Losungsworte verlangten. Die Ententeländer verstanden es dem zarischen Verbündeten nahe zu bringen, sahen sie doch ein, dass das frei aufatmende Polen zur Besinnung kommt: dass es der Majorität der Polen nicht einfällt, das Autonomie-Programm aufzunehmen, die vollständige, staatliche Freiheit war und ist ihr nationales Ideal. Dann geschah das Unerwartete: die Zentralmächte haben dies polnische Ideal aus der Sphäre des Wunsches in die Wirklichkeit übertragen: die Proklamation vom 5. November, von der Ententepresse zuerst verkleinert, verspottet, erwies sich als ein Ausdruck von Millionen Seelen und von solcher Kraft, dass ihm Rechnung getragen werden musste ...

Nun erleben wir ein neues salto mortale der rus-

sischen Politik. Am 25. Dezember 1916 erschien ein allerhöchster Befehl an die Armee und die Flotte, in dem der Zar in höchsteigener Person als eines der russischen Kriegsziele ein freies, aus den bisher geteilten drei Gebieten bestehendes Polen aufstellt; am 5. Januar hatte das Mitglied des russischen Reichsrats Graf Wielopolski das grosse Glück vom Zaren empfangen zu werden, worauf er einem polnisch-Petersburger Tageblatte erklärte: „Die Worte des allerhöchsten Befehls vom 25. Dezember an die Armee und Flotte über das freie, aus drei Teilungsgebieten hergestellte Polen, werden so aufgefasst, dass das vereinigte Polen seine eigene, selbständige Staatsverfassung, mit seinen eigenen gesetzgebenden Kammern und seiner eigenen Armee erhält."

So stehen wir denn vor einer neuen Phase der russischen Polenpolitik. Unter dem Eindruck des Zweikaisermanifestes vom 5. November, wie auch den Wünschen der polnischen Majorität, schliesslich der Entente-Diplomatie Rechnung tragend, entschliesst sich der Zar, selber als Agitator aufzutreten und dem polnischen Volke ein Gaukelbild eines polnischen Staates mit eigener Konstitution und Armee vorzuspiegeln.

Wir kennen das Lied, wir kennen die Melodie ... Bestand ja schon der polnische Staat mit eigener Verfassung und eigener Armee 1815—1830! Leider aber auch mit Russland im Bunde und dies genügte, um die Verfassung zu einem von dem Zaren missbrauchten Papierstück umzuwandeln, die herrlichste polnische Armee zu einem Opfer des launischen, despotischen Zarenbruders, den polnischen Staat zu einem Gefängnis, aus welchem nur die Revolution eine Erlösung versprach ...

Das wissen wir und das weiss ein grosser Teil der gebildeten, in nationalen Ueberlieferungen erzogenen Polen. In Zeitschriften, die unter russischer Zensur erscheinen, finden wir auch Worte des höchsten Misstrauens und Unwillens, an Grafen Wielopolski gerichtet.

Aus begreiflichen Gründen mögen wir sie hier nicht wiederholen — sie beweisen aber zur Genüge, dass auch viele in Russland lebende Polen den sprichwörtlichen russischen Treubruch richtig einzuschätzen wissen.

Es muss aber berücksichtigt werden, dass ein beträchtlicher Teil der Polen in russischen Schulen erzogen, über die nationale Geschichte ganz falsch unterrichtet ist. Ferner, dass manche Politiker ihre Hoffnungen an die Entente-Diplomatie knüpfen. Schliesslich, dass das Ausland, in Unkenntnis über alles Polnische lebend, die zarischen Verheissungen ganz ernst nimmt.

Es soll also mit allem Nachdruck betont werden, dass der neueste russische Köder nur eine Fortsetzung der alten zweihundert Jahre dauernden Politik ist, deren eigentlicher Zweck ist, ganz Polen unter russische Herrschaft zu zwingen, um es dann nach Massstab des russischen Nationalismus und Zarismus zu behandeln.

Es muss mit allem Nachdruck betont werden, dass die russische Taktik darauf eingestellt ist, die polnische Frage zu einer innerrussischen zu machen, während sie ihrer Tragweite nach eine internationale, u. z. eine der wichtigsten ist, und dass g a n z Polen unter russischer Herrschaft, ein Ausscheiden Polens aus der Reihe europäischer, politischer Faktoren bedeutet.

Es kann nicht genug hervorgehoben werden, dass nach dem Programm der Zentralmächte Polen ein selbständiger Staat, nach dem russischen — ein Anhängsel des Zarenreiches werden soll; je eher die polnische Staatlichkeit aufgebaut, die polnischen selbständigen Institutionen ins Leben gerufen werden, desto eindringlicher diese Antithese, desto überzeugender das Programm der Zentralmächte. Jeder Schritt zur polnischen Selbständigkeit bedeutet einen Rückschritt der russischen Politik. Ein polnisches Heerwesen, das im Rahmen der Kriegsnotwendigkeiten seinen polnischen Charakter behalten dürfte, wäre die stärkste Kundgebung des Willens der Zentralmächte zur Selbständigkeit Po-

lens. Ein polnischer Staat müsste logischerweise, seinem Selbsterhaltungstriebe folgend, auf dem Gebiete der grossen Politik mit aller Macht sich dem russischen gegenüberstellen, sonst würde er demselben zum Opfer fallen.

Nicht zu allerletzt ist es für die Polen von allergrösster Bedeutung, dass das russische Programm Verzichtleistung der Polen auf ihre östlichen Gebiete in sich schliesst. Und das werden, das dürfen die nationalen Polen nimmer zugeben. Für die Einwohner dieser Gebiete, besonders für die Weissrussen wäre dieser polnische Verzicht eine Auslieferung dieser Länder einer rücksichtslosen Russifizierung; für die Polen würde er einer Opferung von ungeheuren moralischen und materiellen Gütern gleichkommen; für die Zentralmächte aber wäre es eine unaufhörliche Bedrohung der östlichen Front. Das russische neue Programm ist wohl überlegt — seinem Wesen nach aber — ein alter Köder. Trotzdem darf dessen Wirkung nicht unterschätzt werden. Ihm muss ein anderes Programm entgegengestellt werden, und die Zentralmächte sind in der glücklichen Lage, es mit realen Taten zu bekräftigen. Nicht nur vom polnischen Standpunkt ist es erwünscht, dass die gegenwärtigen Demarkationslinien aufgehoben werden, die das polnische Königreich teilen; dass möglichst bald die Vereinigung dessen erfolgt, was fortan als polnischer Staat gelten soll; dass dem Polentum in den östlichen Provinzen seine Rechte und diesen Provinzen selber ihre Zukunft gesichert wird; dass der polnische Staat und dessen sämtliche Organe schleunigst — insofern es die Kriegslage erlaubt — seiner Form und seinem Geiste nach verselbständigt wird.

Sollen und Werden.

Ein zweiter kleiner Beitrag zur Methodologie der Polenfrage*).

Von
Dr. J. Jastrow, a. o. Professor an der Universität Berlin.

Die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über Vergangenheit und Zukunft der preussischen Polenpolitik haben wohl bei allen Beteiligten ein Gefühl weitgehender Unbehaglichkeit hinterlassen. Dennoch täte man diesem Parlamente Unrecht, wenn man ihm die Schuld daran beimessen wollte. Diese allseitige Unbehaglichkeit besteht im Lande, und man muss einem Parlamente sogar noch Dank wissen, wenn es in einem solchen Falle die unliebsame Wahrheit uns zum Bewusstsein bringt.

Mit der Proklamation vom 5. November 1916 war nach langem Schlummer der polnische Staat wieder zum Leben erweckt. Mit der Eröffnung des Staatsrates am 15. Januar d. J. hat ein selbständiges Organ des neu belebten Körpers sich bereits wieder zu regen begonnen. Der Weiterentwicklung polnischer Kultur war eine Stätte bereitet und eine Aussicht eröffnet, die über alles hinausging, was heute vor drei Jahren der sanguinischste Pole für wahrscheinlich, ja, auch nur für möglich gehalten hätte. Aber allen diesen Ereignissen stellen die Polen aus der Provinz Posen, aus Westpreussen und Oberschlesien nur die bange Frage entgegen: Was soll aus u n s werden? Sollen Sprachenparagraphen, Enteignungsgesetz, Verhinderung oder Erschwerung der polnischen Sprache besonders im Religionsunterricht usw. fortbestehen oder abgeschafft werden? Soll eine neue Aera unter Anerkennung der polnischen Kultur als eines lebensfähigen Elementes beginnen, oder nicht? Und auf deutscher Seite hört man vielfach die nicht

---

*) Vgl. „Provinzial, National, International“ in Heft 8 des ersten Jahrgangs dieser Blätter vom 10. Dez. 1915.

minder bange Frage: Soll die Politik des preussischen Staates in seinen östlichen Provinzen aufhören, deutsche Politik zu sein? Sollen die Vertreter des Polentums nicht wenigstens vor jeder Aenderung der bisherigen Polengesetze eine Erklärung abgeben, die sie für die Zukunft loyal und ohne Hintergedanken an Preussen und an Deutschland bindet?

Es würde meinem politischen Empfinden wohl entsprochen haben, wenn die Frage, was mit der bisherigen Polenpolitik geschehen soll, gleich bei Beginn des Krieges gestellt und wenigstens in einigen Punkten von symbolischer Bedeutung entschieden worden wäre. Da dies aber nicht geschehen ist, und da die Debatte sich hoffnungslos darauf zuzuspitzen scheint, ob erst die Polen eine beruhigende Erklärung abgeben oder erst Gesetzesänderungen erfolgen sollen, die ihnen solche Erklärungen nahe legen, so scheint es mir doch angemessen, in diesen Ueberlegungen einen anderen Weg zu suchen, der möglicherweise zu einer schnelleren Verständigung führt. Kommt man in der Politik mit der Frage „Was soll sein?“ zu keinem Ergebnis, so tut man gut, im Nachdenken darüber eine Pause zu machen und einmal zu versuchen, ob sich die Frage beantworten lässt: Was wird sein?

Zwei Tatsachen stehen für das zukünftige Verhältnis von Deutschen und Polen fest:

1. Es wird in Zukunft einen polnischen Staat geben.

2. Diese Tatsache wird irgend einen Einfluss auf die deutsche und preussische Polenpolitik ausüben.

Diese beiden Tatsachen stehen inter partes fest. Die erste unbedingt, und bei der zweiten wird nur über das Mass, aber nicht über das naturnotwendige Vorhandensein eines solchen Einflusses gestritten. Hier liegt also ein fester Tatsachenbestand vor, an dem sowohl Deutsche wie Polen ihr künftiges Verhalten orientieren können.

Für die Deutschen, insbesondere für die deutsche und die preussische Regierung ist die allgemeine Linie

der Politik dadurch gegeben. Eine Regierung kann nicht einen polnischen Staat errichten, der innerhalb seiner Grenzen die deutsche Sprache anerkennt, und dicht daneben einen deutschen Staat regieren, der dem Gebrauch der polnischen Sprache die bisherigen Beschränkungen so auferlegt, als ob jener historisch bedeutsame Vorgang sich garnicht vollzogen hätte. Eine Regierung kann nicht einen polnischen Staat errichten, in dem die Deutschen für die Erwerbung von Grundbesitz vollkommen gleichberechtigt sind, und dicht daneben ein Enteignungsgesetz aufrecht erhalten, das auf den entgegengesetzten Voraussetzungen beruht. Es ist gleichgültig, was sich etwa scharfsinnig dafür anführen liesse, dass zwischen zwei so entgegengesetzt gerichteten politischen Methoden darum noch nicht ein logisch zwingender Widerspruch bestehe. Denn es handelt sich nicht um eine logische, sondern um eine psychologische Unmöglichkeit. Es ist auf die Dauer unmöglich, dass ein und derselbe Staatsmann in seinem Innern die beiden Stimmungen beherberge, die hierfür erforderlich sind, ohne dass er mit dem Schmerzensruf von den zwei Seelen, die, ach!, in seiner Brust wohnen, die Tatkraft, die für jede Politik erforderlich ist, verlöre. Und selbst wenn es e i n e n solchen Staatsmann gäbe, er könnte die erforderliche Anzahl Menschen nicht auftreiben, die die gleiche doppelseitige Befähigung besässen, eine solche Politik des Plus und Minus gleichzeitig zu betreiben. Da nun aber die Möglichkeit ausgeschlossen ist, auf unsere Polenpolitik die Tatsache der Errichtung des polnischen Staates ohne Einfluss sein zu lassen (und das wird ja wohl heute schon von allen Seiten anerkannt), so w i r d dieser Einfluss eintreten, ob wir ihm stattgeben oder nicht. Der Unterschied besteht nur darin, dass der sich selbst überlassene Einfluss sich den Eingang mit der ganzen elementaren Gewalt einer historischen Notwendigkeit irgendwo sucht; während wir, wenn wir die Pforten öffnen, sie da öffnen, wo w i r es wollen. Volentem ducunt fata, nolentem trahunt.

Auf der anderen Seite die Politik der Polen, insbesondere der Fraktionen im Reichstage und im Abgeordnetenhause. Ihre grundlegende Forderung war in den letzten Jahren die Beseitigung aller gesetzgeberischen und Verwaltungsanordnungen, die sie als Ausnahmemassregeln gegen das Polentum betrachten. Wenn es richtig ist, dass die Neuerrichtung eines polnischen Staates eine Rückwirkung auf die weiteren Schicksale dieser Massregeln haben wird, so hat die Erörterung der Frage, ob diese Rückwirkung eintreten soll, offenbar an Wichtigkeit verloren. Und welchen Grad von Bedeutung man auch dieser Forderung jetzt noch beilege, sie derartig an die erste Stelle zu rücken, dass demgegenüber alles andere, ja auch die blosse Erwähnung des neu errichteten Staatswesens, in den Hintergrund trete, dazu liegt jetzt zum mindesten ein zwingender Anlass nicht mehr vor. Die Vertreter der zukünftigen polnischen Politik sind vielmehr in der angenehmen Lage, die historischen Tatsachen für sich sprechen zu lassen. Sie können nicht wissen, wie weit die Regierung ihnen entgegenkommen wird. Dass sie ihnen entgegenkommen wird, weil es keine andere historische Möglichkeit mehr gibt, das steht schon heute fest. Riesen sind gemütlich, und Parteien, denen ein so mächtiger Bundesgenosse, wie die historische Entwicklung zugewachsen ist, können im Vertrauen darauf eine viel ruhigere Sprache führen, als in schwächeren Zeiten.

Vergleichen wir damit die wirkliche Haltung der beiderseitigen Redner in der letzten Polendebatte in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. Januar. Der Hauptstreit drehte sich darum, dass von polnischer Seite verlangt wurde: zunächst müssten die Ausnahmegesetze aufgehoben werden; erst dann könne von irgend einer Sinnesänderung der Polen die Rede sein. Und der Standpunkt, der in den Herbstsitzungen des Abgeordnetenhauses von den Vertretern des Antrages v. Heydebrand-Friedeberg eingenommen war, lässt sich

wohl dahin präzisieren: zunächst muss eine Sinnesänderung der Polen in aller Form documentiert werden, und erst dann könne eine Revision der Gesetzgebung und Verwaltung für unbedenklich erklärt werden, d. h. der Streit drehte sich gerade um d e n Punkt, der infolge der Errichtung eines polnischen Staates hinfällig geworden ist. Die Tatsache, dass die Errichtung eines polnischen Staates auf die zukünftige Politik einen Einfluss haben w i r d, wurde in der genannten Sitzung von deutscher Seite zwar gestreift, aber nicht entfernt ihrer massgebenden und zwingenden Bedeutung entsprechend in den Vordergrund gestellt; von polnischer Seite wurde sie nicht einmal gestreift.

Wenn so die Momente, die für die zukünftige Polenpolitik mit zwingender Notwendigkeit massgebend sein werden, in der Debatte zur Seite geschoben wurden, so kann man sich nicht wundern, dass Entgleisungen vorgekommen sind. In nationalen Gegensätzen haben die Worte, mit denen die Nationalitäten bezeichnet (oder nicht bezeichnet) werden, eine nicht geringe Wichtigkeit. Eine grosse Schwierigkeit der Verständigung liegt darin, dass die Sprache für die Bezeichnung der Nationalität und der Staatszugehörigkeit in der Regel ein und dasselbe Wort verwendet. Die deutsche Verfassung spricht von den Rechten aller Deutschen, ohne dass sie einen Unterschied macht, ob diese sich nach Sprache und Kulturzugehörigkeit ebenfalls als Deutsche betrachten, oder sich zu den Polen, Wenden, Litauern, Dänen oder sonst wohin zählen. Jeder Pole im Deutschen Reich nimmt für sich die Rechte in Anspruch, die die Reichsverfassung „allen Deutschen“ gewährleistet, und er tut recht daran. Denn in der Reichsverfassung ist unter „Deutscher“ nichts anderes gemeint, als deutscher Reichsangehöriger, deutscher Untertan, deutscher Reichsbürger; und die Bürgerrechte sind allen Bürgern gemeinsam, gleichgültig zu welcher Kulturgemeinschaft oder Nationalität sie sich zählen. Im politischen Sprachgebrauch des täglichen Lebens, insbe-

sondere wenn von der Verschiedenheit der Nationalitäten die Rede ist, wird das Wort „Deutscher“ aber in dem andern Sinne gebraucht, indem es nur die deutsche Nationalität, Sprache und Kulturgemeinschaft bezeichnet und die Polen ausschliesst. Dies hat seit Jahrzehnten in der Verständigung der beiden Nationalitäten Schwierigkeiten gegeben. Da traf es sich denn glücklich, dass wir in Deutschland eine andere Möglichkeit haben, Staatsangehörigkeit und Untertanenverband zu bezeichnen, indem wir den Einzelstaat nennen, um den es sich in dem betr. Falle handelt. „Preussen“ ist ein rein staatsrechtlicher Begriff und bezeichnet nicht daneben noch eine Nationalität. Bei amtlichen Festlichkeiten in der Provinz Posen, bei denen der allseitige Wunsch bestand, sie ohne nationalen Zwiespalt zu begehen (wie sich z. B. bei dem Jubiläum eines Gymnasiums die grau gewordenen Schüler beider Nationalitäten trafen, die einstmals auf der Schulbank zusammen gesessen hatten), wurde von den Preussen deutscher und polnischer Zunge gesprochen; eine Ausdrucksweise, die beide Teile als taktvolles Entgegenkommen auffassten. In der genannten Sitzung des Abgeordnetenhauses hat der Minister des Innern nicht bloss von „preussischen Untertanen, die die polnische Sprache sprechen“ gesprochen, sondern auch den Polen zugerufen: „Sie sind Preussen und sind Deutsche, und für Deutschland kämpfen wir alle, und ich nehme an, auch Sie und Ihre Landsleute“. Diese Worte sind in den Zeitungsberichten so wiedergegeben und besprochen worden, als ob hier jene Forderung wiederholt worden wäre, dass Voraussetzung jeder Kursänderung in der Polenpolitik die Anerkennung polnischerseits sei, dass die Polen sich als Deutsche fühlen. Und obgleich der stenographische Bericht über die Rede des Ministers deutlich ergibt, dass er das Wort „Deutscher“ lediglich im staatsrechtlichen Sinne gebraucht, und seine Sätze nur zur Abwehr eines gegenteiligen Irrtums formuliert waren, so hat dies doch auf die Zeitungserörterungen keinen Einfluss

geübt. Wenn man dem juristischen Sprachgebrauch neben dem des täglichen Lebens auch Berechtigung zugestehen kann, ihm Alleinherrschaft zu gewähren, würde der Genius der deutschen Sprache nicht dulden. So lange mit dem Bekenntnis, „Deutscher" zu sein, diese zweifache Bedeutung verbunden ist, darf ein Bekenntnis in dieser Form nicht verlangt werden; denn es wäre moralisch nicht zulässig, Erklärungen zu verlangen, bei denen verschiedene Leute sich Verschiedenes denken. Kein Staat, und also auch das Deutsche Reich nicht, kann darauf verzichten, von seinen Bürgern zu fordern, dass sie seinen Bestand als unverrückbar anerkennen sollen. Aber kein Staat, und also auch das Deutsche Reich nicht, kann sich der Verpflichtung entschlagen, für ein solches Anerkenntnis eine einwandfreie sprachliche Form zu finden.

Vor dem Minister war als polnischer Fraktionsredner der Abgeordnete Korfanty zu Worte gekommen. Er hatte die Beschwerden der Polen auf den verschiedensten Verwaltungsgebieten hintereinander zur Sprache gebracht und, an jene früheren Verhandlungen in der Herbstsession anknüpfend, auf das entschiedenste Verwahrung eingelegt gegen den Ausdruck „polnisch sprechende Preussen": „Preussen sind wir natürlich im staatsrechtlichen Sinne. National sind wir Polen, aber keine polnisch sprechenden Preussen". In diesem Punkte war der Redner ohne Kenntnis der Vorgänge, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten sehr oft abgespielt haben. Seine polnischen Landsleute haben an Bezeichnungen, wie „Preussen polnischer Zunge" nicht Anstoss genommen, haben vielmehr, wie oben ausgeführt, hierin eine Ausdrucksweise gesehen, die aus dem Bemühen hervorgegangen ist, einen sprachlich einwandfreien Ausdruck zu formulieren. Da der Ausdruck „Preussen" einen anderen Sinn, als den staatsrechtlichen nicht hat, so hat die Begrenzung auf diesen staatsrechtlichen Sinn Hörer und Leser der Rede so gestimmt, als ob der Ausdruck nach Möglichkeit abge-

schüttelt werden solle. Denn ein solcher Eindruck muss hervorgerufen werden, wenn man einer Bezeichnung, die man in ihrem vollen Umfange anerkennen muss, ja die sogar von den Gegnern absichtlich und glücklich so gewählt ist, dass sie unzweideutig anerkannt werden k a n n, gleichwohl noch eine Einschränkung hinzufügen will (um so mehr, da die behauptete Unterscheidung zwischen nationaler und Sprachzugehörigkeit in Wirklichkeit nicht vorhanden ist).

Fragt man aber, wieso der Redner in diese Richtung hineingekommen ist, so ist die wirkliche Ursache nicht das, was er gesprochen, sondern das, worüber er geschwiegen hat. Die Stellung, die an diesem Tage einem polnischen Redner dadurch gegeben war, dass dieselbe Regierung, die die von ihm bekämpfte Polenpolitik betrieben, jetzt einen polnischen Staat errichtet hatte, dass angesichts dessen auch die Anhänger der früheren Polenpolitik gar nicht mehr in der Lage waren, sie fortzusetzen, dass also die Tatsachen und die historischen Notwendigkeiten für die von ihm vertretene Richtung sprachen, — diese geradezu glänzende Stellung hat der Redner unbenutzt gelassen. Scheu und ängstlich vor Leuten, von denen er den Vorwurf fürchtete, sich einer Dankbarkeitsbezeugung schuldig gemacht zu haben, hat er die historische Tatsache des Königreichs Polen nicht einmal erwähnen wollen. Dass er damit im Sinne seiner polnischen Wähler gehandelt hat, kann als ausgeschlossen gelten.

Das sind die Wege, in die Redner geraten, die immer nur an das denken, was sein s o l l, und sich nicht ab und zu an der Frage orientieren, was sein w i r d.

Die Nationalitätenfrage in Litauen und in Weissruthenien.

(Schluss.)

Neben der Geschichte, die uns einen tiefen Einblick in die inneren Zusammenhänge des Gewordenen gibt, und uns erklärt, warum es heute gerade so ist und nicht anders, ja auch anders nicht sein kann — wollen wir uns jetzt gleichfalls an das unparteilichste Mittel gegenwärtiger Wissenschaft wenden, an die Statistik, um von ihr Auskunft über die Verteilung der Nationalitäten über das Gebiet Litauen zu erlangen.

Die offizielle russische Statistik, die auch im Auslande als amtliche Quelle weite Berücksichtigung findet, weist, besonders was Litauen anbetrifft, viele Ungenauigkeiten auf, auch kann die Tendenz, das Polentum quantitativ in der Minderzahl darzustellen, nicht abgeleugnet werden. Einige Beispiele sollen obiges beweisen: 1897 wird die Zahl der Polen im Sokolschen Kreise des Gouvernements Grodno auf 1273 Personen, also 1,2% angegeben, im Jahre 1909 noch geringer, auf 1074 Personen, also 0,9%. Inzwischen überreichten die Vertreter der römisch-katholischen Bevölkerung dieses Kreises dem Grafen Witte am 12./25. Dezember 1905 ein Bittgesuch um Einführung der polnischen Sprache in den Volksschulen des Kreises, welches von 11653 Personen, Bewohnern des Sokolschen Kreises, unterzeichnet war.

Wie ungenau die genannte Statistik ist, erhellt daraus, dass im Jahre 1897 im Wilno'schen Kreise die Zahl der Polen auf 12%, im Jahre 1909 auf 47% angegeben wird, oder dieselbe polnische Bevölkerung des Kreises Troki im Jahre 1897 mit 2%, im Jahre 1909 mit 22% berechnet wird, oder: der polnische Grundbesitz des Kreises Wilno wird 1905 mit 167029 Dessjatin, 1909 mit 363784 Dessjatin eingeschätzt, und derselbe Grundbesitz für den Kreis Wilejka 1905 — 3115 Dessjatin und 1909 — 209242 Dessjatin. Und solches trotz des bestehenden Verbotes des Landerwerbs für Polen.

Die vorliegende Darstellung berücksichtigt nur den Teil des Gebietes von Litauen, welcher von den deutschen Truppen besetzt ist und der von Polen, Weissruthenen, Litauern, Russen und Juden bewohnt wird. (Zu diesem Okkupationsgebiet gehören alle ethnographischen Litauer und fast alle katholischen Weissruthenen.) Die Nationalitäten sind ziemlich ungleich über das ganze Territorium verteilt.

Die Russen bildeten die ganze Beamtenschaft des Landes und weisen eine geringe Anzahl von Grossgrundbesitzern auf, von denen die meisten jedoch im Auslande oder in Russland ständig wohnen. Die Juden, für die Litauen das Gebiet des zwangsweisen Ansiedelungsrayons ist, bewohnen dicht gedrängt die Städtchen, und beschäftigen sich ausschliesslich mit Handel. Sie bedienen sich des Jargons als Umgangssprache, die jüngere Generation und die Juden der grösseren Städte sind sprachlich russifiziert.

Die Litauer bewohnen das ganze Gouvernement Kowno — mit Ausnahme einiger Teile der Kreise Kowno und Jeziorany (Nowo-Alexandrow) die von einer polnischen Bevölkerung kleinadliger Besitzer bewohnt werden — ferner den nördlichsten und westlichsten Teil des Gouvernements Wilno und einige Dörfer des nördlichsten Teiles des Gouvernements Grodno. Ausserdem noch Teile des Gouvernements Suwałki. Nach dem Prozentsatz stellt sich der Anteil der Litauer an der allgemeinen Bevölkerung in den einzelnen Gouvernements folgendermassen dar: Wilno 15,9%, Kowno 66%, Grodno 0,2%. Eine allgemeine Erscheinung ist die Verschiebung der ethnographischen Grenzen in westlicher und nördlicher Richtung. Das verdrängende Element ist das weissruthenische, das zurückweichende das litauische. Dieser elementare Prozess datiert seit der frühesten Geschichte Litauens, und ist daraus erklärlich, dass das weissruthenische — wie auch polnische Element — früher vom Christentum durchdrungen, zum Vertreter einer lebenskräftigen Zivilisation werden

konnte. Daher kommt es, dass beinahe das ganze Gouvernement Grodno und Teile des Wilno'schen und Mińsk'schen ihren litauischen Charakter eingebüsst haben und heute weissruthenisch oder polnisch sind. Diesem Verdrängungsprozess tritt in jüngster Zeit eine stark einsetzende nationale Bewegung des jugendlichen aufstrebenden Litauertums entgegen, das bereits stattliche Erfolge aufweisen kann und eine nicht zu unterschätzende Kulturarbeit für die Volksgenossen geleistet hat. Wenn ein grosser Teil des litauischen Volkes auch heute noch an der ganzen Bewegung ziemlich uninteressiert, gleichgültig ist. (der Umstand, dass er „Katholik" ist, scheint ihm viel wichtiger zu sein), so findet sie geschickte Träger und Vertreter in der Geistlichkeit, besonders der jüngeren Jahrgänge. Während vor 1863 die polnische Geistlichkeit und Intelligenz dem litauischen Volkstum wissenschaftliches Interesse (besonders die Universität Wilno) entgegenbrachten und so diese kulturelle Bewegung ins Leben gerufen haben, hat nach dieser Zeit die litauische Intelligenz selbst die Zügel in die Hand genommen und als 1905 von der russischen Regierung das vierzig Jahre lang dauernde Verbot des Druckes litauischer Schriften aufgehoben wurde, da setzte sie mit allen gährenden und rücksichtslos alles bekämpfenden Begleitumständen ein. Sie machte dieselben Phasen durch, die jede aus der Tiefe in die Höhe aufstrebende junge Volksbewegung durchmachen muss, gleichsam die national-politischen Kinderkrankheiten, um dann hoffentlich zu der Objektivität und Reife zu gelangen, die das friedliche Zusammenleben mit anderen Kulturvölkern ermöglicht, die das Schicksal an dieselbe Scholle gebunden hat. Vorläufig befindet sich das litauische Volk und die litauische Kultur in ihrem Uebergangsstadium, wenn auch auf dem sicheren Wege, aus einem weniger orientierten völkischen Element Nation zu werden. Dass dabei Zusammenstösse und Reibungen, zumal mit dem Volk, das die führende Rolle im Lande bisher innehatte, vor-

kommen, ist nicht weiter auffallend, zumal die Empfindlichkeit und Regsamkeit eines kulturell jungen Volkes allbekannt ist.

Sehr wertvoll für unsere Darstellung ist die Statistik der katholischen Gemeinden, die auf Verfügung des Diöcesenadministrators Michałkiewicz im Jahre 1913 aufgestellt wurde. Da in allen gemischt-sprachigen oder polnisch-litauischen Gemeinden, die Pfarrer nationale Litauer sind, die diese Statistik selbst zu machen hatten, so wird wohl kaum anzunehmen sein, dass sie zu Ungunsten der Litauer ausgefallen ist. Sie gibt folgendes an:

für Wilno Stadt	94395	Katholik., darunter Litauer	1785
Kreis Wilno	160686	„ „ „	39391
„ Troki	163554	„ „ „	102607
„ Oszmiana	140595	„ „ „	7847
„ Świenciany	131890	„ „ „	56254
„ Lida	149174	„ „ „	14218
im ganzen Okkupationsgebiet	840294	„ „ „	222102

Der Vollständigkeit wegen ist hinzuzufügen, dass gegen 30000 protestantische Litauer im Gouvernement Kowno wohnen, während in Wilno nur vereinzelte evangelische Litauer vorkommen.

Als grosse Völkergruppe Litauens kommen ferner in Betracht die Weissruthenen, die die Gouvernements Mohilew, Mińsk und Teile von Wilno, Grodno und Witebsk einnehmen. Ausserdem bewohnen sie Teile der Kreise Jeziorany (Nowo Alexandrowsk), des Gouvernements Kowno. Ihre Zahl beläuft sich auf 6 Millionen. Im ganzen Gouvernement Wilno beträgt die Zahl der Weissruthenen 41,07%, im Okkupationsgebiet 31,6%, in Kowno 2,54%, Grodno 43,9%, Mińsk 76%, Witebsk 52,9% und Mohilew 82,6%.

Die Weissruthenen sind in nationaler Hinsicht eine noch ganz unaufgeklärte und ihrer nationalen Eigenart unbewusste Masse; sie sind zwar ein Volk, aber bei weitem noch keine Nation, da ihnen das National-

bewusstsein noch nicht aufgegangen ist. Auf die Frage, welcher Nation sie angehören, antworten sie gewöhnlich: „der hiesigen“ und nach ihrer Sprache befragt, behaupten sie „die einfache“ zu sprechen. Eine weissruthenische Intelligenz ist erst im Entstehen begriffen, und die wenigen Träger der weissruthenischen Bewegung sind polnisch gebildete und sprechende Leute, die auf wissenschaftlich-theoretischem Wege ihrer ursprünglichen Eigenart bewusst und so auf den Weg des neuen nationalen Werdens geführt werden.

Stammverwandt sind die Weissruthenen am meisten den Polen, dann den Ruthenen und Russen. Ihre Sprache ist eine Mischung der Sprachen dieser drei Völker; in den westlichen Gebieten klingt sie sehr polnisch, in den östlichen weist sie mehr russische Elemente auf.

Die östlichen Weissruthenen gehören meist zur russisch-orthodoxen Kirche, während die westlichen, Bekenner des römischen Katholizismus sind.

Während die Litauer, dank ihrer starken nationalen Eigenart und gänzlichen sprachlichen Verschiedenheit, sich leicht von den sie umgebenden Völkern und Sprachen absondern und, wenn an Zahl auch gering, so doch an nationaler Individualität stark, einen gesonderten nationalen Organismus bilden können, so befinden sich die Weissruthenen in einer ganz anderen Lage. Die nahe Stammverwandtschaft mit den kulturell höher stehenden Nachbarn, zwingt sie naturgemäss sich an sie anzulehnen und in sie aufzugehen, da eine eigene Kultur, die dem Volke Halt und Stützpunkt sein könnte, gänzlich fehlt. Der Aufenthalt in der Stadt, die Auswanderung und Arbeitssuche, Kirche, Schule, Militärdienst, alles das sind Faktoren, die mit aller Kraft den Entnationalisierungsprozess der Weissruthenen nach der einen oder der anderen Richtung hin fördern. Die östlichen Weissruthenen bedienen sich in ihrer Schriftsprache der russischen Lettern, während die westlichen sich an die lateinischen, also polnischen, halten. Die

katholischen Weissruthenen sind von den Polen kaum zu unterscheiden; jeder Angriff auf die polnische Sprache ist ihnen gleichbedeutend mit einem Angriff auf ihre Religion. Früher gehörten die Weissruthenen zahlreich der griechisch-katholischen (unierten) Kirche an, wurden aber im 19. Jahrhundert offiziell zur russisch-orthodoxen gezählt, was viele Märtyrer geschaffen hat.

Wir sehen also, dass dieses Gebiet Litauens, jetzt wie auch früher, den Hauptkampfplatz bildet, wo die beiden Kulturen des Westens und Ostens sich begegnen und bekämpfen, und erst die Zukunft wird zeigen, welche den Sieg behalten wird, die westeuropäisch-polnische oder die osteuropäisch-russische.

Die Polen bilden einerseits die Oberschicht des ganzen Landes, dem sie in jeder Hinsicht, kulturell, ökonomisch und finanziell das Gepräge gegeben haben und noch heute geben, andererseits sind sie mit allen Ständen, auch mit einer starken Bauernschaft, über ganz Litauen hin verbreitet. Der Grossgrundbesitz des Landes ist trotz der schwersten Einschränkungen in polnischer Hand geblieben. Im heutigen Okkupationsgebiet (dem früheren „Generalgouvernement Wilno") befinden sich im polnischen Besitz 33000 □km, also mehr als ganz Posen (29000 □km) und fast so viel als ganz Ostpreussen oder Dänemark (38000 □km).

Ausser den über ganz Litauen hin wohnenden Gross- und Kleinbesitzern, finden wir Polen in festgeschlossener Masse in drei Kreisen des Gouvernements Grodno, nämlich Bielsk, Białystok und Sokółka, wo sie die ethnographische Fortsetzung des polnischen Gebietes bilden. Hier wohnen über 2000000 Polen. Der Rest der polnischen Bevölkerung, die 1300000 beträgt, ist über das ganze Land verteilt und bildet je weiter nach Osten, prozentualiter die Minderheit. Die dichteste polnische Bevölkerung weisen (ausser Wilno) der Wilnosche Kreis, der östliche und nördliche Teil des Kreises Troki, der südliche des kownoschen und Teile der Kreise von Świenciany, Oszmiana und Nowogrodek.

Wie stark der Kultureinfluss des Polentums — und auch das Polentum selbst — in diesem Lande ist, beweisen die zahlreichen Forderungen der katholischen, angeblich weissruthenischen Bevölkerung, um Einführung der polnischen Sprache in den Schulen, vor allem des Religionsunterrichtes, ferner der Umstand, dass die katholischen Bauern des Landes auf eigene Kosten Privatlehrer unterhalten, die die Kinder in polnischer Sprache unterrichten. Zahlreiche Prozesse waren die Folge dieses Unterrichts. Als charakteristisch ist zu bemerken, dass diese Prozesse meist durch die Centralbehörden in Petersburg angeregt waren, während die Richter, die mit den örtlichen Verhältnissen wohl vertraut waren, die Schuldigen zu lächerlich geringen Strafen verurteilten, so z. B. zur Strafe von 1 Rubel.

Eine genaue Kenntnisnahme der örtlichen Verhältnisse und ein unparteiisches Studium der verschiedenen reichgestaltenen Sonderheiten Litauens wäre wünschenswert, denn sie würden eklatant unter andern beweisen, dass das Polentum in Weissruthenien ein mächtiger Faktor ist, der von der Vorsehung selbst ins Leben gerufen, durch den ganzen bisherigen Gang der Geschichte erwiesen wird.

Da das Gouvernement Wilno die mannigfachsten Nationalitätenprobleme aufweist und zur Zeit — als Schauplatz des Weltkrieges — auch politisch von grösserem Interesse ist, so lassen wir hier eine Statistik des Gouvernements Wilno — ohne die Kreise Wilejka und Dzisna — also eine Statistik für das Okkupationsgebiet folgen:

Kreis	Polen	%	Litauer	%	Weissruthenen	%
Wilno-Stadt	118400	53,5	3100	1,4	1100	0,5
„ Kreis	120270	44,7	17406	6,9	67320	26,7
Troki	56840	23,5	137410	54,4	23740	9,4
Lida	68190	29,2	5160	2,2	133800	37,3
Oszmiana	76050	26,7	10540	3,7	157820	55,4
Świenciany	51540	25,1	57401	28,0	74210	3[illegible],2
Im ganz. Gebiet	491290	33,9	231010	15,9	457940	31,6

Kreis	Russen	%	Juden	%	Übrige	%	Zusam.
Wilno-Stadt	7080	3,3	88960	40,2	2660	1,2	221300
„ Kreis	5040	2,0	41100	16,3	1020	0.4	252150
Troki	6060	2,4	27780	11,0	750	0,3	252580
Lida	930	0,4	25220	10,8	240	0,1	233540
Oszmiana	5690	2,0	34750	12,2	20	0,01	294870
Świenciany	9220	4,5	12100	5,9	620	0,3	205000
Im ganz. Gebiet	34020	2,3	229910	15,9	5310	0,37	1449440

Das Hauptaugenmerk wendet sich naturgemäss auf Wilno, den Mittelpunkt des ganzen Landes. Die Stadt Wilno und die Kreise Wilno und Troki — die gegenwärtig den Bezirk der „deutschen Verwaltung Wilno“ ausmachen, geben folgendes statistisches Bild:

1914	Wilno-Stadt	%	Verwaltung Wilno	%
1. Polen	118400	53,5	295510	40,7
2. Polen mit katholischen Weissruthenen	120000	54,0	380000	53,0
3. Litauer	3100	1,4	157910	21,9
4. Juden	88960	40,2	154840	21,7
Zusammen	221300		726000	

Wilno, als Metropole des ganzen Westgebietes und Sitz der Verwaltung, wurde zum Mittelpunkte der verschiedensten nationalen Bestrebungen und Bewegungen, so auch besonders der litauischen, die diese Stadt für sich beanspruchen will. Dies gelang und gelingt keineswegs, da einerseits das litauische Element hier wenig zahlreich vertreten, andererseits Wilno ausserhalb der Grenzen des ethnographischen Litauen liegt. Und gerade an Wilno haben wir ein klassisches Beispiel, wie das geschichtlich Gewordene eine Macht ist und nicht ungemacht werden kann. Als frühere zweite Residenzstadt polnischer Könige, als Stadt zahlreicher Akademien, Schulen und Pflanzstätten polnischer Kultur — wir gedenken der polnischen Wilnoer Universität des 19. Jahrhunderts mit ihrer wissenschaftlichen und kulturellen Bedeutung — hat sie eine hervorragende Rolle

in der Geschichte Polens gespielt und war in der Tat „eine Perle Polens“ gewesen.

Alle Einschränkungen und Ausnahmegesetze, denen die Polen seit 1863 ausgesetzt waren, haben nicht das Geringste an ihrer Widerstandsfähigkeit und moralischen Kraft geändert. Die Enteignung und der Zwangsverkauf der Güter von Personen, die an der letzten Erhebung teilgenommen hatten, leiteten die Ausnahmebestimmungen gegen die Polen in Litauen ein. 10./22. Dezember 1865 wurde die Bestimmung erlassen, welche Personen „polnischer Herkunft“ verbot, in den 9 westlichen Gouvernements Land zu erwerben. 1884 wurde verboten, den Polen aus den Staatsbanken Darlehen zu verabfolgen und Land auf einen längeren Zeitraum als 12 Jahre zu pachten. Die Stellen im Staatsdienst, Militär und in den Schulen blieben den Polen in Litauen verschlossen. Und trotz alledem erhielt sich das Polentum in Litauen in seiner ganzen Kraft. Der geheime Unterricht blühte und wer nicht im Stande war seine Kinder nach Warschau zu schicken, der sorgte für polnischen Unterricht zu Hause. Als nach 1905 die Lage der Polen besser wurde und die Einschränkungen abgeschafft wurden, da erhob sich Wilno wieder zum geistigen Mittelpunkte des Landes. Die polnische Presse (5 Tageszeitungen, mehr als 10 Wochenschriften und periodische Publikationen) lebte auf, wissenschaftliche, künstlerische und kulturelle Gesellschaften entstanden, und das polnische Theater wurde wieder ins Leben gerufen

Und was von Wilno gesagt ist, kann für das ganze Land gelten. Der ökonomische Aufschwung, er setzte ein, landwirtschaftliche Gesellschaften und Kreise förderten den Landbau uud die Viehzucht, die in den letzten Jahren vor dem Kriege, dank der energischen Mitarbeit der polnischen Grossgrundbesitzer, eine ansehnliche Höhe erreicht hat. Und ebenso war es im Wettstreit um den Handel, dass die Kooperation, von Wilno aus organisiert, ein ganzes Netz von Konsumvereinen über ganz Litauen spann.

Und selbst die russische Regierung in der Person ihres Premierministers Stołypin, konnte den Polen die Anerkennung nicht versagen, dass sie ein grosses Stück Kulturarbeit in Litauen geleistet haben.

* * *

Von den vielen Litauen bewohnenden Völkerschaften sind die Polen die einzigen, die durch tausend Fäden mit Westeuropa seit Jahrhunderten verbunden, dem Lande ein dauernd kulturelles Gepräge gegeben haben. Dank ihrer Vergangenheit sind sie das einzig staatsbildende und staatserhaltende Element des Landes.

Nichts liegt den Polen in Litauen ferner als eine herrschende Stellung einnehmen zu wollen und womöglich die aufstrebenden jungen Völkerschaften in ihrer kulturellen Entwicklung zu hindern, was vielfach von Feinden der Polen absichtlich laut verkündet und von Vielen auch geglaubt wird. Die Polen Litauens wollen nur eins: ihre heiligsten Güter, Nation, Sprache und Religion pflegen zu dürfen und ungehindert in ihren geistigen und ökonomischen Bestrebungen, als gleichberechtigte und freie Glieder des Ganzen, in Frieden zu leben.

Und dass dies ihr Recht ist. darauf weisen die natürlichen Grundlagen ihrer Entwicklung in Litauen hin, die weder durch Einschränkungen, noch Ausnahmegesetze erschüttert werden konnten, noch ihnen genommen werden können.

Wilno, den 25. April 1916. A. Wileński.

Brief aus Wilno.

Wilno, im Januar 1917.

Die Schwierigkeiten in der Verbindung von Warschau aus mit Wilno sind die Ursache der ziemlich selten auftauchenden Korrespondenzen aus dieser Stadt. Diese Schwierigkeiten hindern uns auch daran, unsere Leser über das Polentum in Wilno zu informieren, das doch seinerzeit, bei Einnahme der Stadt durch Exzellenz

General Graf von Pfeil, so eindringlich betont worden ist.

Ich möchte hier zunächst etwas Tatsächliches mitteilen.

Das polnische Schulwesen, das ausschliesslich auf der öffentlichen Opfertätigkeit begründet ist, hat sich grossartig entwickelt. Wir haben in Wilno bis jetzt 4 polnische Gymnasien, 48 Volksschulen, 4 Bürgerschulen, 2 Handelsschulen, Handwerkerschulen, Fortbildungsschulen und Analphabetenkurse. Die in gedeihlicher Entwicklung begriffene Volksuniversität wurde durch die Behörden geschlossen. Dagegen ist eine ganze Reihe von Bildungs- und Kulturvereinen und Verbänden entstanden, die eine sehr lebhafte Tätigkeit entfalten. Die Zahl der polnischen Schuljugend in Wilno beträgt an 8000, was am besten den polnischen Charakter Wilnos beweist. Die Juden haben eigene Schulen mit deutscher Vortragssprache unter Beimischung von etwas Jargon. Im ganzen Gouvernement Wilno, das durch Abtrennung einiger Kreise und Verbindung derselben mit den Gouvernements Kowno und Grodno, verkleinert worden ist, sind bis jetzt 200 polnische Volksschulen gegründet worden. Desgleichen ist auch im Gouvernement Grodno die polnische Bildungstätigkeit sehr rege.

Was nun die Presse anbetrifft, so haben die Behörden lediglich die Herausgabe einer polnischen Zeitung, des „Dziennik Wileński" gestattet, die durch Herrn Obst aus der früheren „Gazeta Codzienna" redigiert wird. Die Herausgabe einer weiteren Zeitung, wie auch der Bezug Warschauer Zeitungen ist nicht gestattet.

Aber der polnische Charakter der Stadt Wilno tritt bei jeder Gelegenheit hervor. Jetzt erst kann ich berichten, wie imponierend hier der Jahrestag der Revolution vom Jahre 1830 begangen worden ist. Zum ersten Male seit 95 Jahren hatte Wilno die Möglichkeit, den Jahrestag der Revolution gegen Russland nicht im Geheimen, sondern öffentlich durch eine Manifestation zu feiern. Die Manifestation wurde durch den Dziennik Wileński

einige Tage vorher durch eine Notiz in der städtischen Chronik angezeigt. Es war zwar beabsichtigt, den Gottesdienst für die im Kampf gegen Russland gefallenen Soldaten des ehemals polnischen Heeres vorher durch Anzeigen in der Stadt bekannt zu machen, jedoch konnte diese Absicht nicht ausgeführt werden, aus Gründen, auf welche die Organisatoren der Feier keinen Einfluss hatten.

Die Befürchtungen, das die erschwerte Bekanntmachung über den Zweck des Gottesdienstes, die Zahl der Besucher beeinträchtigen würde, haben sich glücklicherweise nicht erfüllt; im Gegenteil, die herbeigeströmte Menge war so gross, dass die grösste Kirche Wilnos, die Kirche St. Johannis, bis zum äussersten Winkel gefüllt war.

Die Kirche war derartig dekoriert und geschmückt, dass der Zweck der Feier für jeden Teilnehmer ohne weiteres erkenntlich war.

Ueber der symbolischen Aufbarung wehten polnische Fahnen mit polnischen Adlern und mit dem Wappen der früheren polnischen Republik, an einem geeigneten Platz war ein polnischer, durch einen Legionär hergegebener Säbel angebracht und darüber befand sich ein authenisches Ulanentschako aus der Revolution 1830-31. An den vier Ecken der Aufbahrung wehten eigens für diesen Zweck vorbereitete Ulanenlanzen mit Fahnen in polnischen Farben. Die Jugend bildete in der Kirche Spalier und an einem besonderen Ehrenplatz, neben der Aufbarung, nahmen Legionäre Aufstellung.

Nach der Predigt wurde von den 5000 Anwesenden der Hymnus „Boże coś Polskę“ angestimmt. Es war etwas Ergreifendes in dem Gesang, der seit dem Jahre 1862 hier nicht mehr erklungen war.

Die Manifestation zeugt von der starken Lebensfähigkeit des Polentums, die hier auf jedem Schritt zum Ausdruck kommt. Es ist aber auch kein Wunder, dass das Manifest des 5. November hier einen gewaltigen Eindruck ausgeübt hat, ist doch Wilno von jeher ein

Sitz des besonders opferwilligen und begeisterungsfähigen Polentums. Es wurden von hier auch mehrere Adressen nach Warschau abgesandt, die den Empfindungen der polnischen Bevölkerung Wilnos beredten Ausdruck verliehen haben.

Dass in Wilno die gebildete und politisch massgebende Schicht der Bevölkerung durch die Polen repräsentiert wird, wird Niemand, der sich auch nur eine ganz kurze Zeit in Wilno aufgehalten hat, leugnen können.

Wir geben uns der Hoffnung hin, dass die russischen Zeiten unwiederbringlich vorbei sind und dass die alte Heimat von Adam Mickiewicz und Tadeusz Kościuszko wieder in ihre alten Rechte eingesetzt werden wird.

A. Kowieński.

Pressestimmen.

In Nr. 4 der **„Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“** d. J. finden wir einen mit A. J. gezeichneten Leitartikel „Kriegsziele Osten“.

Wir geben daraus den Wortlaut des Polen betreffenden Abschnittes wieder, obwohl wir gegen manche Ausführungen des Verfassers unsere weitgehenden Bedenken haben.

Aus militärgeographischen Gründen, deren entscheidende, wenn auch nicht ausschliessliche Wichtigkeit der Krieg von neuem bestätigt hat, würde eine in jeder Hinsicht erwünschte Grenze für das zur Verfügung der Mittelstaaten abzulösende Gebiet etwa die Düna und die in gerader Linie von Dünaburg an die Ostgrenze von Galizien anschliessende (beinahe mit der Front im Frühjahr 1916 zusammenfallende) Grenze der polnischen Republik nach der zweiten Teilung (1793—95) sein. Sie hätte auch den Vorteil, die grosse Masse des Ukrainertums mit dem Mittelpunkt in Kiew bei Russland zu belassen, und ihm nicht durch eine entscheidende Verstümmelung die Möglichkeit zu nehmen, innerhalb Russlands mit wachsender Reife seine nationale Selbständigkeit zu erkämpfen. Dass die Entwicklung jetzt zur Bildung eines unabhängigen ukrainischen Staates noch nicht reif ist, wird wohl von niemand in Deutschland geleugnet. Ich möchte mir sogar entgegen dem Dogma der alleinseligmachenden Nationalitätsidee die Vermutung erlauben, dass, wenn es je zu einer Spaltung Russlands kommt, sie nicht nach den unsicheren Grenzen

des Klein- und Grossrussentums, wenn auch unter dem Ferment ihrer Verschiedenheit, sondern zwischen einem nach dem Schwarzen Meer und Persischen Golf gravitierenden Südrussland und einem an das Weltmeer stossenden skandinavisch-nordrussischen Reiche mit Sibirien erfolgen würde.

Sowie man an die mindestens ebenso wichtige Frage der inneren Ordnung der durch die bezeichnete Grenze von Russland abzutrennenden Gebiete herantritt, begegnet uns das unendlich schwierige und verwickelte polnische Problem. Man kann sagen, dass die Furcht vor der Schwierigkeit, eine auch nur erträgliche Lösung dafür zu finden, uns vor der dringenden Notwendigkeit der Verteidigung gegen Russland immer wieder zurückweichen liess. An Traditionen fehlt es uns auf diesem Felde nicht, und soweit ihr Sinn einfach war, dass das Hemd uns näher ist, als der Rock, die Haut als das Hemd, kann man auch nicht sagen, dass sie durch den Ausbruch des Krieges zum alten Eisen geworfen sind. Unsere Stellung zur polnischen Frage ist ohne Vergleich schwieriger als die der andern Teilungsmächte, „durch die Sünden der Väter", wenn man so will. Seit der Germanisierung Ostpreussens, die eine selbständige polnische Grossmacht ein- für allemal unmöglich machte, der Verlegung unsres Schwerpunkts so nah an eine ungeschützte, offenbare Minimalgrenze, die leider kein gleichgültiges polnisches Gebiet, sondern die altheiligen Plätze Gnesen und Posen umfasst, bleibt uns selbst etwa einem durch Union mit Preussen verbundenen polnischen Staat gegenüber keine Wahl. Oesterreich, das etwa in derselben Stellung zu Krakau ist, haftet nach polnischer Ueberzeugung, die vielleicht die Macht der gewordenen Tatsache unterschätzt, nicht so fest an diesem Besitz, dass es nicht bei reichlicher Entschädigung nach dem zukunftsreicheren Süden und Südosten ihn gegen einen starken und natürlichen Bundesgenossen vertauschen möchte. Russlands Stellung in Warschau ist die Unnatur selbst, obwohl der Nationalstolz und die Wichtigkeit des Verhältnisses zu Polen für die panslavistische Idee doch ein festeres Band für Russland sind, als man annimmt; Litauen und Kleinrussland sind zwar die klassischen Länder der polnischen Grösse, seine Kolonien, aber doch kein eigentlich nationales Gebiet. Für Posen dagegen könnte die bekannte Aeusserung dahin geändert werden, dass, wenn Mainz und Posen zugleich bedroht wären, ein deutscher Kaiser eher diesem als jenem zu Hilfe eilen müsste.

Vom polnischen Standpunkt dagegen liegt die Sache so, dass wenn wir uns nicht absichtlich die Wahrheit verbergen — was gewiss die schlechteste Grundlage für eine richtige Politik ist —, ein jeder Pole ohne Ausnahme, nach seiner Gewissensmeinung gefragt, nur antworten könnte, dass er den ganzen Umfang von Polen vor den drei Teilungen als sein nationales Recht verlangt. Von den Polen können wir nicht die richtige Einsicht in den Konflikt der Da-

seinsbedingungen eines Volkes von 80 Millionen mit einem Volk von 20 Millionen verlangen; es ist auch zuletzt nicht die Frage, wozu die Polen sich berechtigt glauben, sondern ob Not und Erfahrung sie soweit erzogen haben, dass die Einsicht in die pracktische Undurchführbarkeit ihrer Ideale sie, unter welchen Vorbehalten auch immer, auf den Versuch ihrer Durchsetzung verzichten lässt. Genau so richtig wie der obige Satz, ist auch der andre, dass kein Pole, auch von den im Ententelager stehenden, einen so wichtigen Teil ihrer Forderungen wie die Gründung eines selbständigen Königreichs, einerlei in welchen Grenzen und auch aus der Hand des mit Abneigung und Misstrauen angesehenen Deutschen zurückweisen wird, sobald er sich von dem Ernst der Absicht überzeugt hat. Auch nicht aus der Hand des gehassten und gefürchteten Moskowiters, aber dessen Versprechungen bleiben, solange die militärische Lage nicht in ihr Gegenteil umschlägt, eben rein platonischer Natur. Was den Inhalt des russischen Versprechens angeht, so unterschied Professor Migulin, der zweifellos die widerstrebende russische Grundstimmung richtig verdolmetscht, noch vor kurzem scharf selbst zwischen Autonomie und der allein vom Grossfürsten Nikolaus zugesagten Selbstverwaltnng, wie er auch den Polen selbst die Eroberung und Behauptung der Preussen abzunehmenden Gebiete (die ja tatsächlich Polen von Russland durch eine eigne Küste unabhängig machen würden) zuschieben wollte. Inzwischen hat ein Tagesbefehl des Zaren ein „einheitliches und unabhängiges" Polen zugesichert, natürlich unter der Dynastie der Romanoffs Und in diesem entscheidenden Punkt wird Russland aller Wahrscheinlichkeit nach bis zuletzt nicht nachgeben; lieber vielleicht noch die Abtrennung wenigstens des Weichsellandes unter gemeinsamer Oberaufsicht der Teilungsmächte als weniger gefährlich für seinen übrigen polnischen Besitz zugestehen. Was den Umfang des neuen Staates anlangt, würde Russland Posen, Westpreussen (unter dem erwähnten Vorbehalt) und Westgalizien mehr zu bieten haben, gegen den Verlust von Ost- und Mittelgalizien, des Chełmer Landes und natürlich von ganz Litauen mit Weiss- und Kleinrussland. Im andern Fall würden die Polen auf die preussischen Gebiete und Galizien (nach ihrer Ueberzeugung nicht für immer) verzichten müssen. Im übrigen hinge der Charakter des neuen Polens ganz von seiner Ausdehnung ab. Während es bei blosser Durchsetzung der Bug- und selbst der Niemengrenze gegen Russland bei dem verwandten Interesse der drei, dann jede noch über wichtige altpolnische Länder verfügenden Kaisermächte ein beinahe an Neutralität streifendes Stilleben als Schlussstein eines wiederhergestellten Dreikaiserbundes erwarten müsste, würde es bei Zurückdrängung Russlands in die Grenzen der zweiten Teilung zweifellos ein Kolonialgebiet in Weissrussland (und damit die Stellung einer aktiven wenn auch von uns gegen und vor Russland gehüteten Mittelmacht) erwerben, an dem es ebenso wie an den Ruthenen des autonomen

Galiziens seinen Beruf als Kulturbringer und seine neugewonnene Mässigung erweisen könnte. Unser Interesse schliesst unbedingt nur ein Grosspolen (Warschau und Wilno) aus, das unvermeidlich unser zukünftiger und gefährlicher Feind wäre; dem Schicksal der nationalpolnischen und den Polen mit Recht ans Herz gewachsenen Stadt soll dadurch natürlich nicht präjudiziert werden.

Ein wirkliches Grosspolen kann überhaupt nur im Interesse der Westmächte liegen (woher sich die unausrottbare Hinneigung zu diesen trotz aller Enttäuschungen erklärt), und mag in ihrer Hand nach Herstellung normaler Verhältnisse auf dem politischen Weltmarkt noch einmal als zweifellos wirksames Sprengmittel gegen die Gesamtheit der Ostmächte dienen. Gegenüber der deutsch-österreichischen Aktion haben sie sich, mit den Fussschellen der russischen Freundschaft beladen, so ungeschickt wie unwahrhaftig abgefunden; die Proklamation des Grossfürsten Nikolaus und die in ihrer Bedeutung auch in Oesterreich unterschätzte Annäherung der Russen und Polen vor dem Krieg war dagegen zweifellos zum grossen Teil eine Frucht ihres Einflusses, vor allem der überwiegend für diesen Zweck bestimmten Mission Delcassés in Petersburg.

Wenn also das Mass des Angebots von verschiedenen Seiten für die Polen entscheidet — und das oben Gesagte sollte im Grunde nur dies als den richtigen und für beide Teile natürlichen Standpunkt bezeichnen —, so haben wir alle Aussicht darauf nicht zu übel abzuschneiden, vor allem solange wir stark und darum wirklich in der Lage des Gebers sind. Nach anfänglichen Missgriffen zeigt denn auch der Beginn eines eignen polnischen Regiments durch den neugebildeten Staatsrat zugleich den Anfang gegenseitigen Vertrauens und langsamer Festigung des gemeinsamen Bodens. Der praktische Beweis unserer Zuverlässigkeit als Freunde — wodurch unsre Staatsmänner ihr Bestes in diesem Kriege geleistet und damit den schlechtesten moralischen Ruf in Europa erworben haben — muss das übrige tun. Die Gewöhnung an den deutschen Oberbefehl auch im Frieden, Mitwirkung des Kaisers bei Ernennung der Festungskommandanten — ohne die nur die für die Polen demütigende Schleifung der Festungen bliebe — wird allerdings an ihre Selbstüberwindung noch schwere Anforderungen stellen.

Wenn die aktivistische Richtung der Polen sich mit der Langsamkeit dieser Entwicklung unzufrieden zeigt, so wirkt dabei neben berechtigten Gründen wohl noch die Vorliebe für die ihr eigentlich erwünschteste Lösung: die Vereinigung in möglichst loser Verbindung mit Oestreich, nach. Da die Schwierigkeiten aus der notwendigen Verständigung mit Oesterreichs entsprangen, sollen wir sie durch Annahme dieser Lösung auf dem einfachsten Wege aus der Welt schaffen. Das ist und bleibt aber von preussischem Standpunkt aus unmöglich. Bis wenige Kilometer von Thorn darf der Wirkungskreis auch der engst- und treuestbefreundeten Macht nie reichen. Hier

schiebt sich auch eine alte noch immer berechtigte Ueberlieferung dazwischen; ein wohlbedachter Grundsatz erklärte eine längere preussisch-österreichische Grenze auf nationalpolnischem Gebiet wegen des durch sie nahegelegten Vergleiches der beiderseitigen Methoden für bedenklich. Auch bei der jetzt bevorzugten Lösung eines selbständigen Königreichs unter einem bayrischen oder sächsischen Prinzen ist eine Art von stiller Konkurenz mit dem autonomen Galizien nicht ganz zu vermeiden, aber der Selbständigkeit wegen von Anfang an unter günstigeren Bedingungen für uns.

Bei den unvermeidlichen Entgegenkommen gegen die preussischen Polen im Zusammenhang mit der Gründung des neuen Staates, liegt die wirkliche Gefahr in dem Weitergreifen der nationalpolnischen Agitation in Schlesien und selbst in Masuren. Da ein lebhaftes eignes Interesse uns zum Schutz der deutschen Kolonisten in Weichselpolen, und das wohlverstandene polnische Interesse selbst uns zum Schutz der übrigen nichtpolnischen Nationalitäten (Weissrussen, Ruthenen, Juden) gegen nationale Vergewaltigung treibt, so möchte ich im Ernst einen neulich nur flüchtig in diesen Blättern berührten Vorschlag als Lösung empfehlen: automatische Gleichstellung der Rechte der Polen in Preussen mit den von ihnen selber den Deutschen und anderen Fremdvölkern im neuen Königreich verliehenen.

Der nördlich und westlich von Wilno gelegene Teil von Litauen, einschliesslich des Gouvernements Suwalki (das immer ein Teil von Litauen war und nur durch den Zufall seiner Vereinigung mit Warschau in der Provinz Neuostpreussen zum Königreich Polen kam) und Kurland, über deren Schicksal Deutschland allein zu befinden hat, würden nicht mit dem polnischen Staat vereinigt werden. Obwohl bei Hinzunahme von Suwalki auf verhältnismässig breiter Front mit Ostpreussen zusammenhängend, würde für sie doch nicht eine unmittelbare Annexion in Frage kommen, schon weil die ungünstige Form unsrer Ostgrenze dadurch noch weiter verschlechtert würde und um nicht (trotz aller selbstverständlichen Zolleinigungen) überall preussisches Gebiet den Polen als Barriere zum Meer vorzulegen. Aber die mangelnde geschichtliche Grundlage und die bunte nationale und konfessionelle Mischung eines litauischen Staates aus katholischen Litauern, protestantischen Letten, polnischen Grossgrundbesitzern, deutschen Bürgern und Adel und strengorthodoxen litauischen Juden macht eine festere Stützung von deutscher Seite in der nächstliegenden Form einer preussischen Sekundogenitur notwendig. Mit dem gesteigerten Selbstgefühl der Zukunft werden die kurländischen Deutschen nicht mehr wie früher in der Verschmelzung der Litauer mit den Letten ihre grösste nationale Gefahr erblicken; vielmehr durch die Verpflanzung des liv- und estländischen Deutschtums und bäuerlicher deutscher Kolonisten aus Russland und von anderswoher auf die russischen Staatsdomänen, bald auch kulturell

und politisch das deutsche Element zum Rückgrat der neuen Staatsbildung werden. Das mächtige Festungsviereck Kowno, Grodno, Dünaburg, Riga aber wird uns, mit deutscher Besatzung, als mächtige Bastion weit nach Osten vorspringend, die Herrschaft über die Ostsee sichern und bis zu einem gewissen Grade sogar von der schwer vorauszusehenden Entwicklung der Dinge im eigentlichen Polen unabhängig machen.

NOTIZEN.

Von der polnischen Armee.

Die voraussichtliche Stärke der polnischen Armee. Die „Nowa Reforma" in Krakau berechnet auf Grund der aus der Zeit vor dem Kriege vorhandenen Statistik über den Bevölkerungsstand des Königreichs Polen und unter Benutzung neuerer Informationen des Zentral-Anwerbungsbüros des Militärdepartements des Obersten Nationalkomitees in Piotrków, die Gesamtzahl der in der gegenwärtigen Zeit in Polen militärfähigen Männer auf annähernd 1 Million.

Post für das polnische Heer. Die Truppenteile und Militärbehörden des polnischen Heeres innerhalb des Generalgouvernements Warschau sind durch eine Verordnung des Generalgouverneurs zum Feldpost-, Telegramm- und Fernsprechverkehr in dienstlichen Angelegenheiten in demselben Umfange und unter denselben Bedingungen zugelassen worden, wie die Truppenteile und Militärbehörden des deutschen Heeres.

Gleichzeitig sind die Angehörigen des polnischen Heeres zum privaten Telegramm- und Fernsprechverkehr, sowie zum Feldpostverkehr mit deutschen Heeresangehörigen und Beamten innerhalb des Generalgouvernements in demselben Umfange und unter denselben Bedingungen, wie die deutschen Heeresangehörigen und Beamten zugelassen worden. Im Post-, Telegramm- und Fernsprechverkehr des polnischen Heeres und seiner Angehörigen ist ausser der deutschen, die polnische Sprache gestattet. Privattelegramme in polnischer Sprache, die von Mannschaften des polnischen Heeres abgesandt werden, müssen die Zulassungsbescheinigung des vorgesetzten Offiziers tragen. Im privaten Postverkehr der Bevölkerung innerhalb des Generalgouvernements ist die polnische Sprache ausser auf Postkarten auch in Briefen, Drucksachen und Geschäftspapieren zugelassen. Die Beschränkung, dass Privattelegramme nicht mehr wie 15 Worte enthalten dürfen, ist zunächst für das Gebiet des Generalgouvernements aufgehoben worden.

Ausbildungskursus für die polnischen Stabsoffiziere. Mit dem 1. Februar d. J. begann in Warschau ein auf 4 Wochen berechneter Ausbildungskursus für die Stabsoffiziere und Adjutanten der höheren Komandos der polnischen Armee.

Polnische Offiziersschulen. Im Truppenübungslager der polnischen Armee wurden folgende Offiziersschulen eingerichtet: 1. eine höhere Offiziersschule, 2. eine niedere Offiziersschule, 3. eine Schule für die Unteroffiziere der Linie, 4. eine Telephonschule, 5. eine Pionierschule, 6. eine Verwaltungsschule für Offiziere, 7. eine Verwaltungsschule für Unteroffiziere. Mit dem 15. Januar d. J. beginnend, wurden die Vorträge aufgenommen. Das Amt der Lektoren und Lehrer versehen Offiziere der deutschen Armee und höhere Offiziere der polnischen Legionen.

Inspektion bei der polnischen Armee. Am 19. Januar d. J. besuchte der deutsche Generalleutnant, Exzellenz Barth, der Generalinspektor der Truppenübungslager der polnischen Armee, das zur Zeit auf dem Truppenübungslager stationierte 6. Regiment der polnischen Legionen. In seiner Begleitung befand sich der Kommandant der polnischen Legionen, Graf Szeptycki. Exzellenz Barth unterzog die Mannschaftsräume einer sehr gründlichen Besichtigung, interessierte sich für die Bekleidung und Ernährung der Soldaten und wohnte schliesslich einer Feldübung des Regimentes bei. Viele Offiziere und Mannschaften wurden von General Barth in ein näheres Gespräch gezogen und nach den Familienverhältnissen, dem Privatberuf und den Kriegserlebnissen befragt. Bei der Abreise hat Exzellenz Generalleutnant Barth dem Kommandanten des 6. Regimentes, Norwid, seine Anerkennung ausgesprochen für die im Truppenlager vorgefundene musterhafte Ordnung.

Freiwillige Selbstbesteuerung zu Gunsten der polnischen Armee. Der Verein christlicher Lehrer in Lódź hat beschlossen, unter seinen Mitgliedern eine freiwillige Selbstbesteuerung zu Gunsten der polnischen Armee einzuführen. Die Höhe der einzelnen Beträge bleibt dem Ermessen der Mitglieder überlassen. Ein besonderer Ausschuss wurde gebildet, der die Beträge entgegennehmen, verwalten und weiterleiten soll.

Kongress der polnischen Militärärzte in Warschau. Beim Kongress der polnischen Militärärzte in Warschau, der sehr anregend und fruchtbar verlief, wurde die Begrüssungsrede durch Herrn Prof. Kryński gehalten. Weiter sprachen der Kommandeur der polnischen Legionen, Graf Szeptycki, und Dr. Wernic; der letzte Redner betonte die Notwendigkeit des Eintritts der polnischen Aerzte in das Aerztekorps der polnischen Armee. Das Präsidium und das Organisationskomitee

des Kongresses statteten dem Kronmarschall einen Besuch ab, der sodann die Vertreter des Kongresses zum Frühstück empfing. In den Beratungen wurde der Beschluss gefasst, mit Rücksicht auf die geringe Zahl der Aerzte im Königreich Polen, die nur etwa 1200 beträgt, die Studierenden der höheren medizinischen Semester zur Armee zu berufen. Ferner sollen die medizinischen Fakultäten der Universitäten in Krakau, Lemberg und Warschau aufgefordert werden, für die Studierenden militär-medizinische Vorträge einzurichten.

Politisches.

Unter den Mitgliedern des polnischen Staatsrates befinden sich fünf Träger von Namen, die unter dem Beschluss stehen, durch den der polnische Landtag am 25. Januar 1831 die Entthronung der Dynastie der Romanows ausgesprochen hat. Es sind dies: Niemojowski, der jetzige Kronmarschall, Łempicki, Kozłowski, Fürst Radziwiłł und Graf Rostworowski.

Polenfeier der Budapester Universitätsjugend. Am 29. Januar hat aus Anlass der Wiedererrichtung des polnischen Königreiches eine Feier der Budapester Universitätsjugend unter Leitung des Rektors Akusius Mihàlyfi stattgefunden. Zu der Feier waren Abordnungen der Warschauer und Krakauer Universitätsstudenten erschienen. Die Absingung des „Hymnus“ eröffnete die Feier. Sodann hielt Universitätsrektor Mihályfi die Festrede. Er gab einen Ueberblick über die Geschichte der Zweikaiser-Proklamation und führte die Worte an, die der Präsident der ungarischen Akademie der Wissenschaften, Albert Berzeviczy, vor wenigen Wochen in Berlin gesprochen hat: dass die ungarische Nation kein einziges Volk hasse Auch der bald drei Jahre währende Krieg habe nicht vermocht, der ungarischen Seele irgendeinen Hass einzuflössen. Der Ungar kämpfe ausschliesslich aus Liebe zu seinem Volke und aus Treue zu seinem Könige. Es wirken heute zahlreiche Faktoren zusammen, um die ungarisch-polnische Freundschaft weiter zu fördern, deren Bande von polnischen Königsfrauen vor Jahrhunderten gewebt worden und von ungarischen Königen auf dem polnischen Throne gefestigt worden sind. Stürmischer Beifall wurd eden Worten des Rektors Mihályfi zuteil. Der Applaus wiederholte sich, als der Hörer der Philosophie Johann Iván im Namen der Budapester Universitätsjugend das neuerstandene Königreich Polen begrüsste, und als zum Schluss der Krakauer Rechtshörer Kasimier Czerny v. Schwarzenberg in klassisch-lateinischer Rede und der Warschauer Universitätshörer Stanislaus Müller in polnischer Sprache den Dank der polnischen Kameraden für die brüderliche Kundgebung ausdrückten. Mit der Absingung der polnischen Hymne schloss die Feier. — Zu Ehren der in Budapest weilenden Vertreter der Warschauer und Krakauer Universitätsjugend fand abends in den Lokalitäten des

Budapester Universitätsklubs eine Festversammlung statt, an welcher auch der Reichstagsabgeordnete Graf Theodor Batthyány, mehrere Vertreter der Warschauer Universität und der Vertreter der Krakauer Universität Franz Studziński teilnahmen. Seitens des Polnischen Komitees waren Taddäus Ritter von Stamirowski und Baron Julius Syntinis, von den Mitgliedern des Ungarisch-Polnischen Vereins Lilly Fabinyi und Leo Miklósi erschienen. Die Begrüssungsrede hielt Dr. Bela Kávássy, der den Grafen Batthyány ersuchte, den Vorsitz zu übernehmen. Graf Batthyány, gab in seiner Rede der Freude über die Proklamierung des freien Königreiches Polen Ausdruck. Er schloss damit, dass Hunderttausende ungarische Herzen mit der unabhängigen polnischen Nation fühlen. Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede sprach der Warschauer Universitätshörer Stanislaus Müller, der für die genossene Gastfreundschaft dankte und versicherte, dass die polnische Universitätsjugend der ungarischen Universitätsjugend aufrichtige Sympathien entgegenbringe

Antwort S. M. des Deutschen Kaisers an den Polnischen Staatsrat. S. M. der Deutsche Kaiser Wilhelm hat an den Provisorischen Polnischen Staatsrat, in Beantwortung der Geburtstagsglückwünsche desselben, folgendes Telegramm gerichtet:

„Dem Provisorischen Staatsrat des Königreichs Polen in Warschau. Dem Provisorischen Staatsrat danke Ich bestens für die Mir aus Anlass Meines Geburtstages dargebrachten herzlichen Glückwünsche

Ich habe die Mir zum Ausdruck gebrachte Dankbarkeit für die durch Mich und Meinen erlauchten Verbündeten gemeinsam versprochene Wiederaufrichtung des Königreichs Polen mit aufrichtiger Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Der verantwortungsvollen Tätigkeit des Provisorischen Staatsrates wünsche ich gesegnete und glückliche Erfolge.

Wilhelm I. R.“

Der **„Vossischen Zeitung“** wird aus Warschau berichtet, dass dortselbst binnen kurzem eine besondere Fachschule für polnische Staatsrechtler und Politiker eröffnet werden wird. Die Hörer sollen in Staatswissenschaften, Nationalökonomie, parlamentarische Fragen usw. ausgebildet werden. Die Gründung geht von einer Reihe demokratischer Politiker aus.

Kultur.

Ein kleinlicher Standpunkt. Bei Bildung des polnischen Staatsrates hat das interparteiliche Koło lediglich deshalb nicht mitgetan, weil man ihm einen Vertreter weniger zugestehen wollte, als es verlangte. Gegen die grundsätzliche Selbstverständlichkeit, das vernünf-

tige und patriotische Polen beim Aufbau ihres Vaterlandes mitwirken müssen, ist mit dieser Kleinlichkeit natürlich nichts zu beweisen.

Rückgang der Kriminalität in Warschau. Aus den Festellungen der Kriminalchronik ergibt sich, dass sich seit dem Abzug der russischen Behörden aus Warschau die Kriminalität erheblich vermindert hat. Banditenüberfälle in der Stadt selbst haben fast völlig aufgehört, Mordtaten sind sehr selten geworden, und die Einbruchdiebstähle haben sich um die Hälfte verringert. Zu dem Einfluss der deutschen Okkupation kommt die grössere Wachsamkeit und Energie der Stadtmiliz, während die russische Polizei mit den Verbrechern nur zu oft unter einer Decke steckte.

Wirtschaftliches.

Zur Kohlenproduktion im Königreich Polen. Die polnische Steinkohle ist das wichtigste Brennmaterial für die 10 Gouvernements des Königreichs Polen. Die Produktion der Dąbrowaer Kohle ist zwar von Jahr zu Jahr gewachsen, sie genügt aber immer noch nicht, um den ganzen Bedarf des Landes zu decken. Die Ursachen sind wohl einesteils darin zu suchen, dass die polnische Steinkohle der oberschlesischen an Qualität nachsteht, denn sie enthält um etwa 10% bis 15% weniger Wärmekalorien. Anderenteils dürfte der Grund aber auch zu suchen sein in den höheren Gestehungskosten der polnischen Steinkohle, die wiederum verursacht wurden durch ein nicht immer gleichmässiges Schritthalten der polnischen Kohlengruben mit den neuzeitlichen, maschinellen Fördermethoden und den auf grossmöglichste Ermässigung der Gestehungskosten gerichteten Bestrebungen der technischen Wissenschaft.

Der Polnische Staat wird zweifelsohne seiner Kohlenproduktion besondere Aufmerksamkeit widmen und derselben durch Errichtung einer entsprechenden Zollschranke seinen Schutz angedeihen lassen müssen. Andererseits müssen die polnischen Kohlengruben sich aber auch selbst helfen und in weiser Voraussicht der kommenden Konjunktur nach Mitteln suchen, ihre Gestehungskosten zu verringern. Die polnischen Kohlengruben hatten während der Kriegsperiode gute Gewinne zu verzeichnen und dürften beim Friedensschluss mit einem nicht unbeträchtlichen Plus abschliessen. Sie werden gut tun, wenn sie den Mehrgewinn dazu verwenden, um ihre Anlagen zu modernisieren und den verschiedenen, in Westeuropa üblichen Arbeits- und Förderungsmethoden, die immer eine Verbilligung der Gewinnungskosten im Ziele haben, grössere Aufmerksamkeit, wie bisher, widmen.

Der Wiederaufbau von Kalisch. Der „Vossischen Zeitung“ wird aus Warschau gemeldet, dass die deutsche Regierung die Aufwendung von 12 Millionen Mark für den Wiederaufbau der Anfang August

1914 zerstörten Stadt Kalisch beschlossen hat. Die Summe wird dem Polniscben Staatsrat zugewiesen.

Der neue polnische Zolltarif. Der neue polnische Zolltarif der am 1. Januar 1917 in Kraft getreten ist, sieht eine ganze Anzahl beachtenswerter Aenderungen in den Zollsätzen für deutsche Exportartikel nach Polen vor. Mehrere Tarifgruppen sind neu eingeführt, während für zahlreiche weitere Gruppen die Zollsätze geändert sind. Einzelheiten sind beim Handelsvertragsverein zu erfahren.

Die Finanzierung des Polnischen Staates. Das Blatt „Ziemia Lubelska" befasst sich an leitender Stelle mit der Angelegenheit des polnischen Staatsschatzes und unterscheidet drei Möglichkeiten, Gold für den polnischen Fiskus zu beschaffen: 1. Spenden, 2. die Abgabe von Goldmünzen und Preziosen gegen Banknoten, 3. Ausschreibung von Anleihen, die später gegen Gold eingelöst werden. Der „Dziennik Narodowy" ruft zu Spenden für den polnischen Staatsschatz auf und schreibt: die Opferwilligkeit für diesen Zweck mache sich bereits in der Oeffentlichkeit bemerkbar, doch müsse sie die ganze polnische Gesellschaft beherrschen. Ohne starke Finanzen gäbe es keine starke Armee und keinen starken Staat. Das Blatt verzeichnet sodann die ihm zugekommenen Spenden und erklärt, mit dem heutigen Tage eine Sammelliste für den Staatsschatz zu eröffnen.

Valutaregelung im Königreich Polen. Durch zwei Verordnugen des Generalgouverneurs wird eine für Polen sehr wichtige und einschneidende Valutaregelung durchgeführt. Es wird die polnische Mark eingeführt und weiter bestimmt, dass von nun an alle Verpflichtungen in dieser Valuta erstattet werden können. Die polnischen Markstücke sollen von der polnischen Darlehnskasse ausgegeben werden, besitzen aber die volle Bürgschaft der deutschen Regierung. Die Ausgabe soll in etwa einem Monat beginnen, inzwischen dürfen die Zahlungen in deutscher Markwährung geschehen, wobei der Kurs im Verhältnis zum russischen Rubel wie 1 : 2,16 behördlich festgesetzt wurde.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42.

Pressestimmen über die „Polnischen Blätter“.

Aachener Tageblatt, 26. XI. 1916.

Seit einem Jahre erscheint in Berlin unter diesem Titel eine von Polen herausgegebene deutsche Zeitschrift. Beseelt von der Idee einer deutsch-polnischen Aussöhnung auf Grund der Wahrung beiderseitiger Interessen, vertritt sie ihr Programm durch hervorragende deutsche und polnische Politiker und Schriftsteller. In jeder Nummer bringt sie ferner Informationen aus dem polnischen Leben. Heutzutage, da die polnische Frage ins letzte Stadium der Behandlung seitens der Zentralmächte getreten ist, gewinnen die „Polnischen Blätter“ besondere Bedeutung.

Berliner Tageblatt, Nr. 508:

„Unter der bewährten Redaktion von W. Feldman erscheint seit dem 1. d. M. im Verlage von Karl Curtius zu Berlin eine neue, den Bestrebungen der Polen gewidmete Rundschau unter dem Titel: „Polnische Blätter“. Das erste uns vorliegende Heft enthält unter anderem sehr lesenswerte Beiträge.

Die Christliche Welt, Nr. 46.

Polnische Blätter. Es liegen uns die ersten 3 Hefte vor . . . — Sehr unterrichtend. Hierzu die wichtige Schrift von Feldman oben im alphabetischen Verzeichnis.

Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 553 vom 19. II:

Wer sich über Stimmungen und Strömungen, Hoffnungen und Befürchtungen im polnischen Lager unterrichten will, tut gut, die „Polnischen Blätter“ zu beachten.

Germania, vom 8. X. 1915:

Der bekannte Vorkämpfer für die Lösung der polnischen Frage — Wilhelm Feldman — gibt im Verlag von Karl Curtius, Berlin, eine Rundschau unter dem Titel „Polnische Blätter“ heraus, deren erstes Heft soeben erschienen ist. Aus dem Inhalt erwähnen wir nur die sehr lesenswerten Beiträge usw. Die Zeitschrift wird zur Kenntnis polnischen Wesens in Deutschland beitragen.

Das Grössere Deutschland, Nr. 43.

Herr W. Feldmann, der als herausgeber zeichnet, ist den Lesern unserer Zeitschrift kein Fremder, sein Name bietet eine Gewähr dafür, dass die Zeitschrift im Sinne einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen geleistet wird. In diesem Sinne sind auch die Artikel der ersten Nummer gehalten, insbesondere „Unsere Aufgaben“ von Prof. v. Jaworski und „Zur deutsch polnischen Verständigung“ von K. v. Srokowski . . .

Kieler Zeitung, Nr. 307, 1916:

„Die Polnischen Blätter, die seit Kurzem in Berlin erscheinen, . . . vertreten die Wünsche, Ansprüche und Hoffnungen der Polen in dieser Entscheidungszeit.“

Ostmärkische Kultur, 1916, Heft 1:

Wertvoll sind die Aufsätze, die die im Verlage von Karl Curtius, Berlin W. 35, herausgegebene Zeitschrift „Polnische Blätter“ bringt.

Der Panther, Nr. XI. 1915:

Eine interessante Kriegsgründung sind die Polnischen Blätter. Sie bringen von polnischer wie von deutscher und österreichischer Seite interessante Beiträge und lassen alle Stimmen zur Geltung kommen, um die neugeschaffene polnische Frage zu klären.

Strassburger Post, 23. Dezbr. 1915:

Obwohl die Herausgeber offenbar Nationalpolen sind und das autonome Königreich anstreben — wohl im Anschluss an Oesterreich-Ungarn, — wird die Nationalitätenfrage mit möglichster Objektivität behandelt und auf ein gutes Verhältnis zwischen Polen und Deutschen hinzuarbeiten versucht. Wer an dem politischen und nationalen Problem der Polenfrage Interesse nimmt, wird aus diesen Polnischen Blättern Belehrung und wertvolle Aufschlüsse in mancher Hinsicht entnehmen können.

Der Tag, 30. Januar 1916:

Ueber Stimmungen und Strömungen im polnischen Lager unterrichten vortrefflich die „Polnichen Blätter“. Die Grundrichtung der Zeitschrift ist die nationalpolnische, aber diese Richtung wird nicht einseitig und engherzig verfolgt, sondern der Herausgeber lässt auch gern wohlmeinende deutsche Stimmen zu Worte kommen und veranlasst sogar Aeusserungen von deutscher Seite.

Die Welt auf Reisen, Nr. 1. 1916.

„Das schwierigste, aber auch das spannendste Problem unserer Zeit, die Frage der Neugestaltung Polens, findet in dieser Zeitschrift eine lichtvolle, lebensprühende Behandlung. Die besten Kenner der Geschichte, der Verhälnisse Polens und seiner Volksseele scharen sich als Mitarbeiter um den Herausgeber“.

Die Welt am Montag, 21. August 1916.

„Es ist mit Dank zu begrüssen, dass die in Berlin seit fasst Jahresfrist erscheinende Zeitschrift „Poln. Bl.“ uns . . . einen Einblick in die Haltung eines bestimmten Teiles des Polentums eröffnet. Polen geben die Zeitschrift heraus, deutschfreundlich natürlich, jedoch Männer, denen in erster Linie die bestmögliche Zukunft ihrer eigenen Nation am Herzen liegt“.